Thesen zu Bedarfen der Ausweitung und Verstetigung von wirksamen Maßnahmen und Infrastrukturen der Sekundärprävention von Rechtsextremismus im Bereich Jugendarbeit und Jugendhilfe

Vorlage für Mittelgeber

in Reaktion auf die rechtsterroristischen Anschläge der letzten Jahre,

Input für das "Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention" in "Demokratie leben!"

Cultures Interactive e.V. (Stand: 15. Jan. 2020)

(I) Ländliche und kleinstädtische Räume/ Transformationsräume – und deren Schulen

Sekundäre Prävention von Rechtsextremismus weist besonderes dringliche, in die geographische Breite gehende Bedarfe in ländlichen und kleinstädtischen Räumen und Transformationsräumen auf. Für entsprechende Maßnahmen und strukturelle Weichenstellungen bieten sich vor allem die dortigen Schulen an. Denn Schulen in Deutschland, gerade auch ländlich-kleinstädtische Brennpunktschulen, verfügen aufgrund der Schulpflicht nach wie vor über ein vergleichsweise großes Diversitäts- und Interventionspotenzial – das manchenorts durch die Einschulung von Geflüchteten zusätzlich gestärkt wurde. Jedoch sind diese Potentiale derzeit noch weitgehend ungenutzt, und an vielen ländlich-kleinstädtische Brennpunktschulen zeichnet sich seit 2015 eine deutliche Verschärfung der Risiken von Rechtsextremismus und Hasskriminalität/ GMF ab.

(Ia) Intensivpädagogische Arbeit an Schulen durch schulexterne, zivilgesellschaftliche Partner

Um Schulen in ländlich-kleinstädtischen Räumen effektiv darin unterstützen zu können, zu Orten der proaktiven Demokratieförderung, der sekundären Extremismusprävention und Früherkennung zu werden, sind vorrangig **drei strukturelle Erfordernisse** zu verzeichnen:

- (1) Zum einen sollte noch mehr als bisher darauf hingearbeitet werden, dass **schulexterne**, **zivilgesellschaftliche Partner** der Präventionsarbeit in systematischer Weise in die Erziehungsaufgaben der Schulen eingebunden sind und hierfür Zeitkontingente der Fachunterrichte zur Verfügung gestellt werden (wodurch die Kooperation und Wirkungstiefe verstärkt und die Wertigkeit der schulexternen Mitwirkung unterstrichen wird).
- (2) Zum zweiten sollten innovative, sekundärpräventive Zugänge entwickelt und verstetigt werden, denen es gelingt, **Verfahrenselemente der intensivpädagogischen und sozialtherapeutischen Arbeit** in angepasster Form in die Bildungsinstitution Schule einzubringen. Hier soll eine enge, wirkungsvolle

Verschränkung von Fachunterricht/ Bildung und intensivpädagogischen Formaten hergestellt und in gezielter sekundärpräventiver Perspektive genutzt werden. Auf diese Weise können auch schwer ansprechbare und bereits extremistisch orientierte Jugendliche im Rahmen der Schulpflicht erreicht werden; und es kann eine "ganzheitliche politische Bildung" erfolgen, die auch bei diesen Schüler*innen Resilienz gegen extremistische Rekrutierung befördern kann.¹ Neuerlich gilt, dass diese Verschränkung mit schulexternen, zur Vertraulichkeit verpflichteten Partnern der Prävention weitgehend innerhalb der Fachunterrichtszeit erfolgen sollte. Gleichzeitig wird eine enge Kooperation mit der Schulsozialarbeit hergestellt und ausgebaut.

- (3) Drittens sollten Verfahren der **systemischen Beratungsarbeit mit Schule als ganzes** entwickelt, erprobt und mittelfristig verstetig werden, die der Erfahrung gerecht werden, dass bei vorurteilsmotivierten und hassgeleiteten Vorfällen sowie bei Rechtspopulismus an Schulen und im ländlichen Raum oft Anlass gegeben ist, ganzheitlich-systemische Wege der Arbeit mit der Schule als ganzes zu suchen.
- (3.1) Begleitend und in Erweiterung des systemischen Vorgehens sollten die freien, schulexternen Träger bei ihrem unbedingt erforderlichen Beziehungsaufbau mit den einschlägigen Landesministerien unterstützt werden. Als günstiger Rahmen für einen solchen Beziehungsaufbau sollte ein interministeriales Tandem aus den Bereichen Bildung und Soziales angezielt werden, das gemeinsam als landesministerialer Partner die Zusammenarbeit mit den schulexternen, zivilgesellschaftlichen Trägern der sekundären Rechtsextremismus an Schulen in ländlichkleinstädtischen Räumen besorgt und zusammen mit dem Bund nachhaltige Konzepte der "finanziellen Verstetigung" entwirft und realisiert.²
 - (Ib) Aufsuchende Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit durch zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure im Umfeld von Brennpunktschulen, Jugendarbeit in Transformationsräumen

Komplementär zur Verzahnung von Fachunterricht und intensivpädagogischen Formaten sollte auch eine funktionsfähige Verknüpfung der Schulen und Jugendarbeit mit örtlichen Akteuren der Einzelintervention hergestellt werden (Ausstiegsarbeit/ Distanzierungsarbeit, Hilfen zur Erziehung /Familienhilfe, Sozialpsychiatrie, Psychotherapie, Antiaggressionstraining, Drogenentzug u.a.). Vermittels dieser Verknüpfung können diejenigen schwer ansprechbaren bzw. bereits fest extremistisch orientierten Jugendlichen, die z.B. in Brennpunktschulen durch intensivpädagogische Arbeit früherkannt werden, effektiv weiterbegleitet werden. D.h. im ersten Schritt vollzieht die innerschulische Arbeit der sozialtherapeutischen Formate die Früherkennung und Anbahnung von Interventionen; im zweiten Schritt fahren die außerschulischen Akteure mit gezielten Einzelinterventionen der aufsuchenden Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit fort.

¹ Harald Weilnböck: "Ganzheitliche politische Bildung – Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen und kleinstädtischen Raum. Ergebnisse der qualitativen Selbstevaluation von Gesprächsgruppen im Jahr 2019: "Diese Vertiefung (von politischer Bildung) kann als "politische Bildung der menschlichen Emotionen" bzw. als Förderung von "emotionaler politischer Intelligenz" begriffen werden." Vgl. http://cultures-interactive.de/en/articles.html ² Vgl. auch "Impulspapier der AG Schule des Bundesprogramms Demokratie Leben!" vom 5.12.2019.

Als modellhaft hierfür mag eine Kombination zweier Verfahren wie folgt gelten: (a) "Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen Raum" für den Einsatz von sozialtherapeutischen Verfahrenselementen in der schulischen Fachunterrichtszeit (Brandenburg) und (b) "DisTanZ – Fachstelle für Distanzierungsarbeit" für die funktionsfähige Verknüpfung von Schulen mit schulexternen Trägern der Einzelintervention, wie z.B. Ausstiegs-/Distanzierungsarbeit, Jugendämter (über Hilfen zur Erziehung), Jugendgerichtshilfe, Sozialpsychiatrie u.a. (Thüringen) (beides MPs bei Cultures Interactive e.V.). Die Kombination und integrierte lokale Umsetzung zweier Interventionsstrategien wie diese kann die Sekundärprävention von Rechtsextremismus in ländlichen und kleinstädtischen Brennpunkt-Räumen wirkungsvoll zu unterstützen.

Eine Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften mag im Einzelfall unterstützend hinzukommen.

Aufgaben zu Ia und Ib -

(a- Intensivpädagogische Arbeit an Brennpunktschulen; b- Aufsuchende Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit im Umfeld von Brennpunktschulen/ Transformationsräumen)

- Bundesweite Identifizierung, Bestandsanalyse und Unterstützung von schulexternen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in den Lage sind, Verfahrenselemente der intensivpädagogischen und sozialtherapeutischen Arbeit in angepasster Form in die Bildungsinstitution Schule einzubringen (in ländlichen und kleinstädtischen Räumen/ Brennpunktschulen im Problemkreis Rechtsextremismus)
- Bundesweite Identifizierung, Bestandsanalyse und Unterstützung von im Land verfügbaren Angeboten der <u>aufsuchenden Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit</u>, (in ländlichen und kleinstädtischen Räumen/ Brennpunktschulen im Problemkreis Rechtsextremismus) und Sondierung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Schulen,
- Erfassen der vorliegenden Erfahrungen in der systemischen Beratungsarbeit mit Schule als ganzer (im Problemkreis Populismus, GMF, Rechtsextremismus
- Sondierung der landesministerialen Gegebenheiten bez. der schulbezogenen Prävention;
 Kontaktaufnahme und Anregung von interministerialen Tandem-Bezügen aus den Bereichen
 Bildung und Soziales; Sensibilisierung für obige Strategien der Früherkennung und Prävention
- Verschriftlichung und <u>Zusammenfassung der Bestandsanalyse</u> und der Handlungsempfehlungen für schulbezogene Ansätze der sekundären Prävention und der (frühen) Distanzierungsarbeit (in 2020)
- Erarbeitung von <u>Handlungsempfehlungen bzw. von Handlungskonzepten</u> für die effektive und vertrauensvolle Zusammenarbeit der genannten Akteure (bis 2021)

Umsetzung durch CI / zusätzlicher Personalbedarf

(II) Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften und zivilgesellschaftlichen Trägern der Prävention von Extremismus und GMF/ Hasskriminalität

Es sollten vertrauensvolle und klar abgegrenzte Modi des Austausches und der **Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften/ Justiz und zivilgesellschaftlichen Trägern der Prävention** von gewaltförmigem Extremismus und GMF entwickelt werden, in denen zivilgesellschaftliche Partner und Sicherheitskräfte/ Justiz wechselweise an ihren Projekten und Verfahrensentscheidungen Anteil haben.

Hierzu sollten zunächst wirksame Formate der Vertrauensbildung zwischen diesen beiden wichtigen Sektoren von Demokratieförderung und Prävention geschaffen und kontinuierlich unterhalten werden. Derzeit sind zivilgesellschaftliche Partner einerseits und Sicherheitskräfte/ Justiz andererseits zumeist nicht gut miteinander bekannt und haben manchmal beträchtliche wechselseitige Vorbehalte. Es kommt hinzu, dass kaum Erfahrungen oder systematische Verfahrensregeln und Protokolle bestehen, die die akteursübergreifende Zusammenarbeit hilfreich rahmen könnten.

In operationaler Hinsicht wäre zum einen daran zu denken, **gemeinsame Formate der Primärprävention** zu entwickeln, in denen z.B. die polizeiliche Kriminalprävention mit zivilgesellschaftlichen Trägern der Prävention von Extremismus und GMF kooperieren, etwa in gemeinsamen Maßnahmen für Schulen. Zum anderen sollten Formate und Verfahren entwickelt werden, in denen polizeiliche und zivilgesellschaftliche Akteure in der **sekundären und tertiären Prävention** von Extremismus und GMF operationell und strategisch sowie landesweit zusammenwirken.

Als aussichtsreich für dieses Aufgabenfeld mag das aktuelle Forschungsprojekt "Best practices der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Verhinderung von vorurteilsgeleiteten Straftaten" gelten (Deutsche Hochschule der Polizei, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, BMI); ferner die Initiative "Polizeischutz für die Demokratie" des Niedersächsischen Innenministeriums in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte im Landespräventionsrat Niedersachsen gelten; sowie die Initiative "Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog" der Bundeszentrale für politische Bildung.

Besondere Bedeutung kommt der Aufgabe zu, klare Verfahrensregeln und **Protokolle des Informationsaustausches und Datenschutzes** zu entwickeln, die ein angemessenes und sachdienliches Zusammenwirken von polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglichen. Hierfür mögen beispielhafte Verfahrensweisen aus dem Bereich juristischer Kinder- und Jugendschutz herangezogen werden.³

Hierbei sollte letztlich auch die Ebene der **Politikgestaltung und Gesetzgebung** beschritten werden, insofern im Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Justiz z.B. die Notwendigkeit des

³ Interne Cultures Interactive Fortbildung zu Datenschutz und Vertraulichkeit im Kinder- und Jugendschutz und in der Extremismusprävention durch Fachexpert*innen (Gila Schindler/ Thomas Meysen u.a.) sowie die Freie Universität Brüssel.

Zeugnisverweigerungsrechts für Praktizierende der sekundären und tertiären Extremismusprävention, sprich der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit, neuerlich zu diskutieren und auf entsprechende Maßnahmen hinzuwirken wären.⁴

Diese Aktivitäten und Maßnahmen sollten in der Lage sein, bei allen Beteiligten eine Steigerung der Dialogfähigkeit sowie der **Resilienz gegenüber allen Formen von Populismus**, Hetze und Ressentiment zu unterstützen.

Mittelfristig sollten die erarbeiteten Modi der akteursübergreifenden Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft nicht nur für die Sicherheitskräfte, sondern **auch für andere Verwaltungsbereiche** erprobt werden (z.B. Kommunalverwaltung, Richterschaft/ Staatsanwaltschaften), so dass dem derzeit noch unterbelichteten Aspekt "Behördenhandeln als Radikalisierungsfaktor" Rechnung zukünftig mehr getragen werden kann.

Eine weitere mittelfristige Perspektive der akteursübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Polizei und zivilgesellschaftlichen Trägern in der sekundären und tertiären Rechtsextremismusprävention ist durch die die **nationale Grenzen überschreitende Dynamik von Rechtsextremismus** insbesondere in Mittelosteuropa gegeben. Sie lässt es sinnvoll erscheinen, im Rahmen von eigens finanzierten EU-Projekten die Zusammenarbeit mit mittelosteuropäischen Ländern zu suchen. Als aussichtsreiche Anknüpfungspunkte können das "European Expert Network on Terrorism Issues" (EENeT) der Forschungsstelle des Bundeskriminalamts/ BKA gelten, ferner das Projekt "Exit Europe" des österreichischen Innenministeriums sowie das CEE Prevent Net Projekt.⁵

Aufgaben zu II - "Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften und zivilges. Trägern

- Sondierung von Erfahrungen, ggf. Pilotprojekten/ "Best practices" der fallbezogenen Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften/ Justiz und zivilgesellschaftlichen Trägern der Prävention von gewaltförmigem Extremismus und GMF, insbes. in der sekundären und tertiären Prävention.
- Welche spezifische Formate der <u>Vertrauensbildung</u> und der gemeinsamen bzw. wechselweise abgestimmten Prävention bestehen?
- <u>Einstiegspunkte</u>: Deutsche Hochschule der Polizei, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Landespräventionsrat NDS, BKA Beratungsstelle, BMI Deutschland, BMI Österreich).

⁴ Tobias Meilicke, Harald Weilnboeck (2018): "Ausstiegsberatung, Verschwiegenheit, Zeugnisverweigerungsrecht – und unsere schlechte nationale Vertrauenslage." Veröffentlicht in der Blogreihe "Gesellschaft Extrem" des Leibniz-Institut/ Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) / Peace Research Institute Frankfurt (PRIF); https://blog.prif.org/2018/06/11/ausstiegsberatung-verschwiegenheit-zeugnisverweigerungsrecht-und-unsere-schlechtenationale-vertrauenslage.

⁵ Vgl. hierzu https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Kooperationen/EENeT/eenet_node.html; https://www.bmi.gv.at/210_english/start.aspx und https://cultures-interactive.de/en/exit-europe.html; "CEE Prevent Net - Central and Eastern European Network for the Prevention of Intolerance and Group Hatred", ceepreventnet.eu;

- Erarbeitung einer grundlegenden Expertise zu Datenschutz und Vertraulichkeit in der Extremismusprävention, ausgehend von beispielgebenden Standards im juristischen Kinder- und Jugendschutz (von einschlägigen Expert*innen)
- extern finanziert: Sondierung von Partnern und Optionen der grenzübergreifenden
 Prävention von <u>Rechtsextremismus in Mittelost-Europa</u>
- Verschriftlichung und Zusammenfassung der Bestandsanalyse und der Handlungsempfehlungen.
- Erarbeitung von Handlungsempfehlungen bzw. von Handlungskonzepten für die effektive und vertrauensvolle Zusammenarbeit der genannten Akteur (bis 2021).

<u>Umsetzung:</u> Ist abgedeckt durch CI Arbeitsaufgaben im Kompetenznetzwerk/ Komprex bzw. durch einschlägige EU-Projektarbeiten.

(III) Wirksame medien-pädagogische und medien-produktive Verfahren im On-Offline-Verbund

Für die Sekundärprävention von Rechtsextremismus und GMF/Hasskriminalität sollten medienpädagogische und medien-produktive Verfahren entwickelt werden, die den Risikofaktoren des Internets effektiv entgegenwirken, medienkommunikative Resilienz befördern – und dabei durch hohe Anteile von **interaktiver und kreativer Offline-Aktivität** gekennzeichnet sind.

Hierbei gilt es vor allem **zu vermeiden, die eklatanten Fehler zu wiederholen**, die in der internetbezogenen Prävention von religiös bzw. bekenntnis-begründetem Extremismus gemacht wurden und in zahlreichen Ansätzen der sog. Gegennarrative bzw. alternativen Narrativen zu Buche schlugen, aber nichtsdestoweniger vielfach unkorrigiert weiter verfolgt werden.

Zum einen sollten non-content-based Strategien der Nutzung des Internets für die Prävention verfolgt werden, die **Verfahren der direkten on-line Beratung** von und Interaktion mit Einzelnen im Netz per Chat methodisch weiterentwickeln und auf den Bereich Rechtsextremismus anpassen. Als modellhaft mag die Onlineberatung von "PROvention – Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus" gelten, die erfolgreich einzelfall- und lösungsorientierte Emailund Chatberatung durchführt.

Zum anderen sollten content-based Strategien der präventiven Arbeit mit Narrativen und Video-Produktionen im pädagogisch gerahmten Offline-Prozess konzipiert und umgesetzt werden. Als modellhaft hierfür mag die Initiative des Wiener Vereins "Turn" und dessen Jamal-Video-Initiative gelten.⁶ Denn Turn e.V. arbeitet mit Jugendlichen, zu denen die Turn-Straßensozialarbeiter*innen teils jahrelang bestehende Vorbeziehungen im Offline haben. Hierbei werden in konsequenter Weise methodische Verfahrensschwerpunkte der Offline-Arbeit gesetzt, die biografisch-narrative

⁶ Vgl. "turn - Verein für Gewalt- und Extremismusprävention" (2017) und das Projekt "Jamal al-Khatib - Mein Weg!"; https://www.turnprevention.com/angebote

Interviews und Fokus-/Gruppendiskussionen sowie Skript-Writing-Gruppensitzungen und gemeinsame Produktionstermine im Peer-Verfahren einsetzen, so dass ein langfristiger pädagogischer und filmkreativer Prozess unterhalten werden kann. Geschlechter- und Gender-Aspekten wird hierbei eine besondere Bedeutung beigemessen. Ein vergleichbarer Ansatz ist mit dem "European Fair Skills"-Verfahren von Cultures Interactive e.V. gegeben (vgl. "YouTubing und Gruppenarbeit").

Aufgaben zu III - "Medien-pädagogische Verfahren im On-Offline-Verbund"

- Bundesweite Identifizierung, Bestandsanalyse von Verfahren der <u>direkten on-line Beratung</u> von und Interaktion mit Einzelnen im Netz per Chat.
- Bundesweite Identifizierung, Bestandsanalyse von Verfahren der präventiven Arbeit mit Narrativen/ Video-Produktionen im pädagogisch gerahmten Offline-Prozesse
- Erarbeitung von <u>Handlungsempfehlungen bzw. von Handlungskonzepten</u> für die effektive und vertrauensvolle Zusammenarbeit der genannten Akteur (bis 2021).
- Verschriftlichung der Bestandsanalyse und der Handlungsempfehlungen.

Umsetzung durch CI / zusätzlicher Personalbedarf

(IV) Sexualität, Gender, Prävention – Sex(ualerziehung) als verdrängtes Schlüsselelement von Extremismusprävention

Der Täter von Halle bezieht sich ausdrücklich auf den Attentäter von Toronto, der durch die Bewegung der sog. InCels im Internet radikalisiert wurde (Involuntary celibate/ Unfreiwillig zölibatär), eine Bewegung von Männern, die ihren Hass vor allem davon ableiten, dass ihnen keine sexuelle Beziehung zu Frauen gelingt. In seinem Livestream unterstreicht der Täter von Halle: "Der Feminismus ist Schuld an der sinkenden Geburtenrate im Westen, die die Ursache für die Massenimmigration ist", und er bezeichnet sich wiederholt als "Loser" – vor allem was seine Beziehungen zu Frauen angeht. In vielen terroristischen Akten und in Amokläufen (z.B. in Schulen) kommen signifikant mehr Frauen als Männer zu Tode – so auch in Toronto. Ein verherrlichender Song über diesem Incel-Attentäter von Toronto singt: "Nutten lutschen meinen Schwanz, während ich Fußgänger überfahre." Der Täter von Halle unterlegt seinen Livestream damit.

⁷ Das Projekt wird seit 2019 auch von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte; https://www.turnprevention.com/aktuelles;

⁸ Vgl. jüngst: "Ich bin Jana. Und ich breche mit euch das Schweigen!" https://www.facebook.com/turn.VereinFuerGewaltUndExtremismuspraevention/videos/811085545972959/

⁹ Dirk Lamprecht, Harald Weilnböck (2016): "YouTubing-Video-Workshop und die Wir-unter-uns-Gruppe – im European Fair Skills Ansatz." http://cultures-interactive.de/en/articles.html

Eigentümlicherweise scheinen die Themen Sex/ Sexualität/ Sexualerziehung im Bereich der Rechtsextremismus-Prävention vollkommen abwesend zu sein (nicht so in der angelsächsischen und deutschen Islamismusprävention). Allerdings besteht durch die Entwicklung von Methoden der gendersensiblen Prävention und Pädagogik, die auf der Reflektion von Geschlechterrollen- und Identitäten in extremistischen Milieus aufbauen, eine gute Voraussetzung, auch die Möglichkeiten einer gewalt- und extremismuspräventiven Sexualerziehung zu sondieren (die auch im Bereich Gesundheitserziehung assoziierbar sein mögen).

Aufgaben zu IV - "Sexualität, Gender, Prävention - Sex(ualerziehung)"

- Bundesweite und ggf. europäischen Identifizierung, Bestandsanalyse von Verfahren bzw. Potentialen der gewalt- und extremismuspräventiven Sexualerziehung (auch im Bereich Gesundheitserziehung)
- Erarbeitung von <u>Handlungsempfehlungen bzw. von Handlungskonzepten</u> für gewalt- und extremismuspräventive Sexualerziehung (bis 2021).
- Verschriftlichung der Bestandsanalyse und der Handlungsempfehlungen.

Umsetzung durch CI / zusätzlicher Personalbedarf

(V) Psycho- und sozialtherapeutische Verfahrenselemente in der (Rechts)Extremismusprävention

Im gegenwärtigen Fachaustausch unter neueren Ansätzen der sekundären und tertiären Extremismusprävention wird zunehmend deutlich, dass immer mehr psycho- und sozialtherapeutisch fundierte Methoden eingesetzt und als wirksam evaluiert werden. Zum Beispiel ist in der Vorbereitung auf die Cultures Interactive Summer School 2019 aufgefallen, dass – mehr oder weniger zufällig – Kontakt zu folgenden Ansätzen entstand: Bindungspsychologisch fundierte Ausstiegsarbeit (Jump e.V. Waren/Müritz), psychodynamisch-psychiatrisch basierte Rehabilitation von schwer erreichbaren Wiederholungs- und radikalisierten Gewaltstraftäter*innen (Denkzeit e.V./Berlin); klientenzentrierte psychologische Beratung (Turn e.V./Wien); gruppendynamisch und narrativ-biografisch fundierte Sekundärprävention (Cultures Interactive e.V.). Dieser zunehmenden Konzentration von psycho- und sozialtherapeutischen Kompetenzen und Potentiale sollte auch seitens der Programmentwicklung Rechnung getragen werden.

Aufgaben zu V:

- Ermittlung der bestehenden psycho- und sozialtherapeutisch fundierten Angebote und Ressourcen der sekundären und tertiären Extremismusprävention (in Kooperation mit dem DNE / ZDK).
- Erhebung der Umsetzungserfahrungen in akteursübergreifender Zusammenarbeit mit den bereichsüblichen Partnern
- Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur akteursübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich psycho- und sozialtherapeutisch fundierter Angebote (bis 2021).

Umsetzung durch CI / zusätzlicher Personalbedarf

(VI) Fortbildungen, Sensibilisierung und Früherkennung von rechtsextremer und rechtsterroristischer Gefährdung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Zahlreiche relevante Berufsgruppen weisen Bedarfe der Sensibilisierung und Fortbildungen zur Früherkennung von und Erstreaktion bei rechtsextremer und rechtsterroristischer Gefährdung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf, z.B. Schulen, Jugendsozialarbeit, Polizei, Verwaltung, Bundeswehr. In verschiedenen Bereich bestehen bereits Initiativen und Konzepte, und es werden Umsetzungserfahrungen gesammelt. Sowohl Konzepte als auch Umsetzungserfahrungen sollten gesichtet und vor allem seit der zunehmenden Brisanz der Problemlagen nach 2015 neu eingeschätzt werden. Aufbauen hierauf sollten Empfehlungen bez. eines zeitgemäßen Grund-Curriculums bzw. Basiswissens/-könnens zu Rechtsextremismus, Früherkennung, Erstreaktion und Intervention gegeben werden.

Vorarbeit:

- Sondierung von bestehenden Angeboten, Einschätzung der Konzepte und Erhebung der Umsetzungserfahrungen, vor allem seit der zunehmenden Brisanz der Problemlagen nach 2015 (z.B. bpb, NDC-Initiative, Verein gegen Vergessen, Polizeiakademie NDS u.a.)
- Ermittlung der Ansprechpartner in den relevanten Institutionen der Berufsgruppen in den Ländern
- Sichtung von effektiven Umsetzungsmöglichkeiten für weitere Maßnahmen in den jeweiligen Ausbildungs- und Qualifizierungsstätten der Berufsgruppen
- Einbindung der relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure in den Ländern (z.B. mobit, Kulturbüro Sachsen, Miteinander e.V., u.a.)

- Skizzierung eines Grund-Curriculums, Basiswissens/-könnens: Rechtsextremismus, Früherkennung, Erstreaktionskompetenz, Handlungsstrategie und Intervention
- Ergebnisse fließen in einen Komprex-Wegweiser zu Fortbildungsangeboten im Bereich Rechtsextremismusprävention ein

Konkrete Maßnahmen 2020:

- März bis Oktober Sondierungsphase und Verschriftlichung einer Bestandsanalyse mit Herausarbeitung von notwendigen weiteren Angeboten.
- Oktober bis Dezember: Skizzierung eines Grundkonzepts / 2- Tage Fobi Sensibilisierung

Perspektive 2021:

 Gewinnung von Bundes und Länder-Akteuren der Präventionsarbeit für die Fortbildungen zur Etablierung und Umsetzung von Fortbildungen für spezifische Berufsgruppen in den jeweiligen Bundesländern oder nach Bedarf auch bundesweit

Umsetzung durch CI / zusätzlicher Personalbedarf